

Leipzig. Die Zeitung  
erscheint täglich.  
In bezug durch alle Post-  
ämter des In- und Auslan-  
des; in Frankreich durch  
G. A. Alexandre in Stras-  
burg, und bei Demselben in  
Paris, Nr. 23, rue Notre  
Dame de Nazareth.

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

In England durch Williams  
& Morgan in London,  
14 Henrietta Street, Co-  
vent Garden.  
Preis für das Vierteljahr  
2 Thlr.

Insertionsgebühr für den  
Raum einer Zeile 2 Rgr.

## Uebersicht.

**Deutschland.** \*\* Frankfurt a. M. Deutsche Nationalversammlung. — Die Garnison. Reichscommissare nach Baden. Dresden. Preussische Truppen nach Bwickau. Das Theaterpersonal. — Die Verhaftungen. — Steckbriefe. □ München. Die Studenten. — Der Landtag. Speyer. Die Soldaten. Kaiserslautern. Schriftstücke. Stuttgart. II. Kammer. — Die Zustände in Baden. Darmstadt. Die Beurlaubten. \* Altenburg. Bescheid auf eine Petition. Aarich. Die ostfriesische Landschaft. — Die Sachen in Schleswig-Holstein.

**Preußen.** Berlin. Tagesbefehl. — Verhaftung Waldeck's. — Zuruf der preussischen Garnison in Posen an die königl. sächsischen Truppen. \* Von der preussischen Weser. Das warendorfer Landwehrbataillon. Die Bewegung im Hannoverschen. Westfalen. — Die Vorgänge am Rhein.

**Oesterreich.** Wien. Die Armee in Ungarn. Die Russen. Die Ofsenstbewegungen der Hauptarmee. Hr. v. Schmerling. Die böhmischen Festungen. Aufruf an das Landvolk. — Der Krieg mit den Ungarn.

## Handel und Industrie.

## Ankündigungen.

## Deutschland.

\*\* Frankfurt a. M., 16. Mai. In der heute um 4 1/2 Uhr eröffneten Sitzung der deutschen Nationalversammlung theilte Präsident Reh mit, der Reichsverweser habe ihm mündlich eröffnet, daß der preussische Bevollmächtigte (Oberst Fischer) angekommen, und daß sein Auftrag sei: 1) Die preussischen Abgeordneten abzurufen, 2) sich die hiesigen Verhältnisse anzusehen. (Ungeheures Gelächter.) Hierauf wird eine Erklärung von 55 preussischen Abgeordneten (darunter Bessler, v. Sauten, Mevissen, Schwetschke, W. Jordan, Arndt, G. B. und E. Simson, Stedmann, Schubert aus Königsberg, Schner, Graf Keller, Lette, Levercus, Zellkamp, Schirmeister, Mathies, Degenkolb, Viebig, Plathner, Weit, v. Massow, Löw aus Posen etc.), wonach sie die königl. preussische Verordnung vom 14. Mai (Nr. 136) nicht für rechtsverbindlich halten und in der Nationalversammlung verbleiben werden, so lange sie Hoffnung haben, die Reichsverfassung auf gesetzlichem Wege durchzuführen. Als bald darauf verlas Abg. Widenmann folgenden, von vielen preussischen Abgeordneten unterstützten Antrag: „Die constituirende deutsche Nationalversammlung, in Erwägung, daß keiner Regierung die Befugniß zusteht, die von der deutschen Nation vollzogenen Wahlen zur deutschen Nationalversammlung für unwirksam zu erklären und dadurch die Nationalversammlung aufzulösen, erklärt die königl. preussische Verordnung, datirt Charlottenburg 14. Mai 1849, wodurch das Mandat der preussischen Abgeordneten für erloschen erklärt und die Abgeordneten aufgefordert werden, sich an den Verhandlungen nicht weiter zu betheiligen, als unverbindlich für die preussischen Abgeordneten, und erwartet von ihrem deutschen Patriotismus, daß sie sich der fernern Theilnahme an den Verhandlungen der Nationalversammlung nicht entziehen werden.“ Die Dringlichkeit wurde einstimmig anerkannt und der Antrag ohne Discussion bei namentlicher Abstimmung mit einer (wie Präsident Reh bemerkt) noch nie da gewesenen Uebereinstimmung durch 287 gegen 2 Stimmen angenommen (10 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung). Ein unmittelbar hierauf gestellter Antrag vom Abg. Groß aus Prag: „Auch die im April erfolgte Abberufung der österreichischen Abgeordneten für nicht verbindlich zu erklären,“ wurde für dringend erkannt. Die Abgg. Jordan aus Berlin und Plathner sprachen dagegen, die Abgg. Fröbel, Raveaux und Simon aus Trier dafür. Letzterer fodert die Versammlung auf, durch einen solchen Beschluß Großdeutschland wieder aufzuwecken und dadurch in ganz Deutschland Begeisterung zu erregen. Abg. Ostendorf schlägt, da das Princip bereits durch den obigen ersten Beschluß gewahrt sei, die motivirte Tagesordnung vor. Die Abstimmung ist bei Postschluß noch nicht zu Ende, die Verwerfung der Tagesordnung aber so gut als gewiß. — Das Reichsministerium Grävell-Neuderk-Bittgenstein-Jochmus soll noch in der heutigen Sitzung proclamirt werden.

Aus der gestrigen Abend-sitzung (deren Beschlusfassung wir noch unter den neuesten Nachrichten gestern gebracht haben) tragen wir die dort erwähnte Berichterstattung des nach der Pfalz gesendet gewesenen Reichscommissars Eisenstuck nach. Er habe, sagt er, dem Ministerium vor seinem Abgange auf seinen Posten die Maßregeln deutlich vorgezeichnet, die er zu ergreifen gedenke. Namentlich daß er das Einrücken von Truppen aus Staaten, welche die Verfassung nicht anerkannt haben, als eine feindliche Invasion betrachten werde, sowie daß er selbst die Möglichkeit vorsehe, daß eine provisorische Regierung eingesetzt werden müsse. Er gibt dann Rechenschaft von seinen Schritten in der Pfalz und schildert den begeisterten Empfang, den er in der Pfalz von Seiten der Bevölkerung gefunden. Nicht seiner Person habe dieser Jubel gegolten, sondern seinem Auftrage. Und schon sei es die höchste Zeit gewesen, der Bewegung einen gesetzlichen Halt zu geben und sie auf das gehörige Maß zurückzuführen. In Kaiserslautern habe er den Landesvertheidigungs-Ausschuß persönlich aufsuchen müssen, weil sich derselbe in Permanenz erklärt hatte. Diese Behörde genos des allgemeinsten Vertrauens, sie hatte die bewaffnete Macht des Landes zu ihrer Verfügung, Adressen der Zustimmung, Beiträge für ihre Zwecke gingen von allen Seiten ein, und von dem wohlhabenden Theile der Einwohnerschaft mit eben so großem Eifer als von dem ärmern. Auch die Personen des Ausschusses waren auf eine Weise zu ihrem Amte berufen worden, die ihm keinen Zweifel darüber ließ, daß es Männer des öffentlichen Vertrauens seien. Daher habe er in den Mitgliedern dieser Behörde weder eine Veränderung vornehmen noch den Ausschuß selbst auflösen dürfen, er habe sich damit begnügt, die Befugnisse dieser Volksbehörde genau zu bestimmen und zu begrenzen. Seine Anordnungen brachten eine unbeschreibliche Freude in der ganzen Pfalz bei Bürgern wie bei Beamten hervor. Denn das Eigenthümliche an dieser Landschaft sei eben, daß sie seit 50 Jahren der freiesten Institutionen genieße, und daher ihrem rechtlichen Sinne an der Wiederherstellung des gesetzlichen Bodens unter ihren Füßen Alles hätte gelegen sein müssen. Dann geht der Redner auf seine sonstigen Maßregeln über, bis plötzlich das Land in die furchtbarste Aufregung gerathen sei bei der Nachricht: es rückten Truppen ein von einem Staate, der die Verfassung nicht anerkannt hat — preussische Truppen. Der Reichscommissar hatte versichert, solche Einmärsche würden nicht stattfinden. Das Mißtrauen gegen die Centralgewalt kehrte zurück und richtete sich gegen Eisenstuck selbst. Das Volk legte sich an die Bahnhöfe wie die Rabe vor das Mausloch. Es hätte das blutigste Zusammentreffen gegeben, wenn der Einmarsch der Preußen nicht rückgängig gemacht ward. Daneben rührte die ganze Verlegenheit des Befehlshabers in Landau nur daher, daß die Truppen auf die Verfassung beeidigt sein und daß die Pfälzer nur schwarz-roth-goldene Truppen in der Festung wissen wollten. Das seien die Gründe, aus denen er die Preußen zurückgesendet und weshalb er drei Bataillone deutscher Truppen — Frankfurter, Württemberger, Badener habe vorgeschlagen — aus der Verfassung abhänglichen Staaten in die Pfalz gefodert habe. Die Antwort auf dies an das Reichsministerium gestellte Verlangen sei die Rücknahme seiner Vollmacht gewesen. Aber was ihn mehr als die Abberufung verletz habe, das sei der Umstand, daß ihm ein Kurier die Abberufung überbracht habe und nicht sein Nachfolger, und daß bis jetzt noch die entstandene Lücke nicht wieder ausgefüllt sei. Endlich schließt Hr. Eisenstuck mit dem Verlesen eines Briefs, der den gegenwärtigen Zustand der Pfalz als äußerst gefährlich, von außen durch Truppenzusendungen bedroht darstellt und die Nachricht hinzufügt, daß man Vertrauensmänner aus allen Cantonen nach Kaiserslautern beschieden habe, um eine provisorische Regierung zu errichten. Indem er dann auf sein engeres Vaterland, auf Sachsen, hinweist, wo „der Pesthauch der rothen Monarchie“ die Hoffnungen des Volkes verwelken läßt, beschwört er die Versammlung um entschiedene Maßregeln für die Pfalz. Hr. v. Gagern erwiderte darauf: Der Eindruck dieser allerdings mächtigen Rede kann dennoch kein anderer sein, als daß es unmöglich ist, mit einer so einseitigen Partiansicht Hand in Hand mit einer Verwahrung zu gehen, von der man Vollmachten erhalten hat. Der Ministerpräsident theilt darauf den Wortlaut dieser Vollmachten (Nr. 135) mit. Es ergebe sich daraus, daß Hr. Eisenstuck die zu weit gehenden